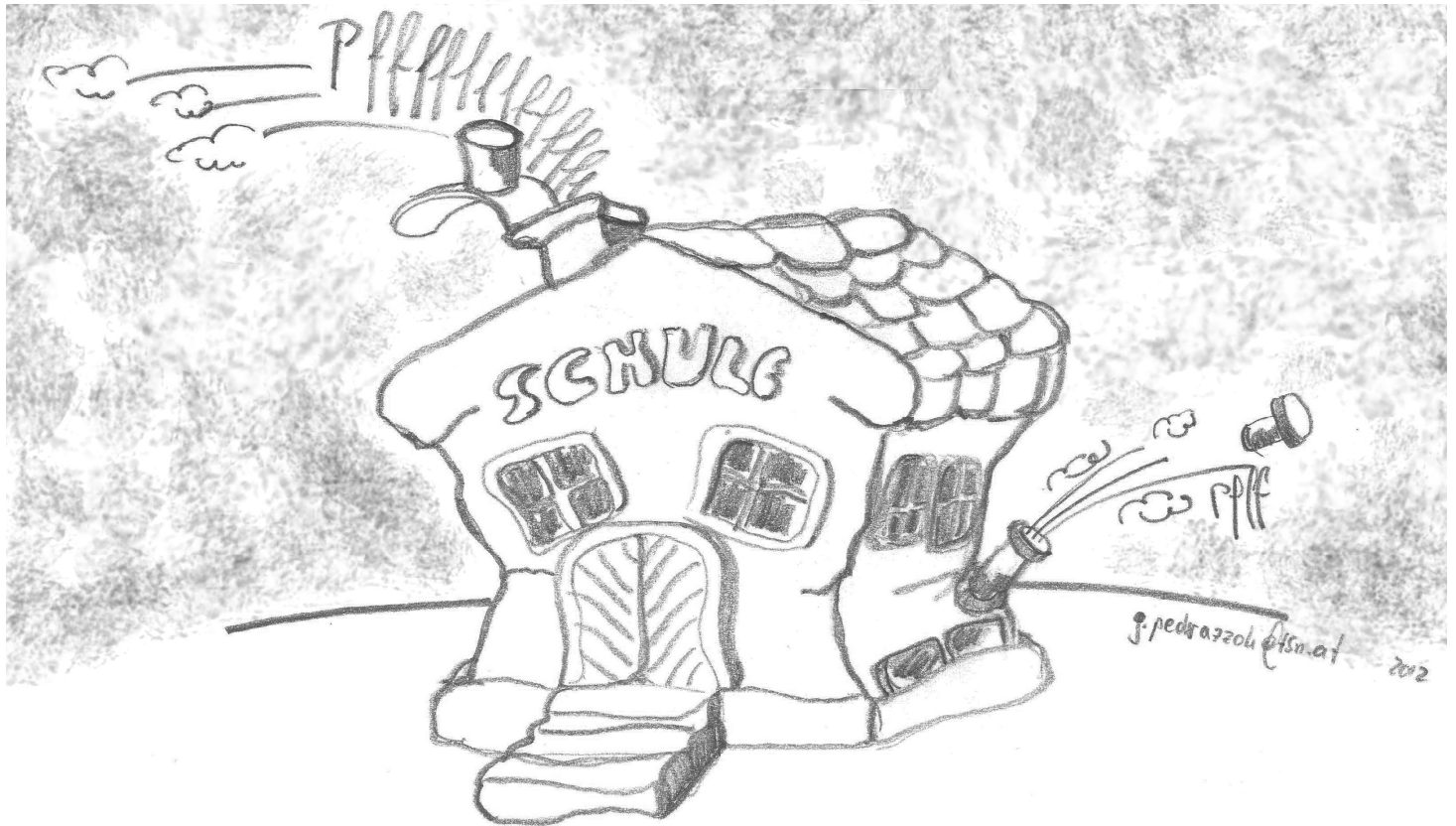


*Lasst uns doch einfach den Druck
von der Schule nehmen*



Erhöhung der Lehrverpflichtung bedeutet weniger Zeit für die Kinder Mehr Unterrichtsstunden für LehrerInnen heißt mehr Kinder pro LehrerIn

Es ist nun ein Jahr her, seit die Regierung den Entwurf eines neuen LehrerInnen dienstrechts vorgelegt hat. Und es ist 5 Monate her, seit die Gewerkschaft den verhandelnden MinisteriumsbeamtInnen abschließend dargelegt hat, was an diesem Entwurf zu ändern ist: Hauptpunkte: Keine Lehrpflichterhöhung, klare Beschreibung der nichtunterrichtlichen LehrerInnenarbeit, Unterstützungspersonal. Seit her sagt die Regierung zwar, sie wolle ein neues Dienstrecht vor der herbstlichen Nationalratswahl, doch sie hat die vor Monaten angekündigte Neuformulierung des Entwurfs nie vorgelegt. Im Gegenteil: In immer wieder lancierten Zeitungsberichten wird so getan, als stehe eine Einigung über den Entwurf vom Mai 2012 unmittelbar bevor. Während dieser Kreidekreis gedruckt wird, finden wieder Gespräche zwischen den MinisterInnen Heinisch-Hosek/Schmied/Fekter und ausgewählten Gewerkschaftsvertretern statt.

Bei manchen KollegInnen scheint die Zermürbungstaktik aufzugehen und sie sagen: Stimmt's doch einer kleinen Erhöhung der Unterrichtspflicht zu, damit endlich Ruhe ist und dann haben wir auch mehr Zeit für die Kinder. Dies ist leider ein Trugschluss:

- Da die Unterrichtsstunden für die Kinder nicht erhöht werden, bedeutet die Lehrpflichterhöhung für die LehrerInnen, dass sie künftig mehr verschiedene Kinder in ihrer Obhut haben und daher weniger Zeit und Energie für jedes einzelne Kind.

- Da die Gesamtarbeitszeit gleich bleiben soll, bedeuten mehr Unterrichtsstunden für jede/n Lehrer/in weniger Zeit für Vor- und Nachbereitung und damit zB weniger Zeit für individuelles Hausübungenanschauen. Extrembeispiel: Ein HTL-Techniker oder eine Sprachenlehrerin mit Zweistundenfächern hat derzeit 9 Klassen, bei 24 Unterrichtsstunden aber 12 Klassen und falls eine Maturaklasse dabei ist, sogar 13, also etwa 40% mehr SchülerInnen zu betreuen!

Dies ist aber nicht der einzige Grund, warum wir von der ÖLI-UG diesen Dienstrechtentwurf ablehnen.

Einige Punkte haben wir in den letzten Kreidekreisen genannt.

Ich möchte hier nur den Demokratie-Aspekt herausgreifen:

Ein neues Dienstrecht muss die LehrerInnen und die Schulgemeinschaft in ihren demokratischen Rechten stärken. Wie wollen wir den jungen Menschen Demokratie vermitteln und sie zu mündigen StaatsbürgerInnen heranreifen lassen, wenn in der Schule und in der Schulaufsicht Feudalismus herrscht?

Wir brauchen endlich auf Zeit gewählte Schulleitungsteams statt zentral verordnete unabsetzbare Direktionskaiser.

Wir brauchen endlich Gestaltungsmöglichkeiten für die Schulgemeinschaft, die durch ausreichend vom Staat zur Verfügung gestelltes Budget ermöglicht wird!

Meint's ÖLI-Team. Schönen Mai!

Impr.: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, a@oeli-ug.at, 0680 2124358, 4643 Pflasterw. 7. Redaktion: Gary Fuchsbauer u.d. ArtikelautorInnen. Papieraufgabe: 7500. **Kreidekreis** = ÖLI-UG-Information/Diskussionsorgan. Wir finanzieren uns durch unsere LeserInnen: PSK (60000) 78420320, IBAN: AT526000000078420320, BIC: OPSKATWW, s.S. 8

Editorial

Liebe KollegInnen!

Wir greifen in diesem Kreidekreis wieder einige der aktuellen Themen auf. Da zwischen Redaktionsschluss und Lesen des Kreidekreises mehr als eine Woche vergeht, ist manches vielleicht überholt.

Burnout wohl leider nicht. Die **Zentralmatura** auch nicht. Und dass sich beim **Dienstrecht** plötzlich was Positives tut, wagen wir auch nicht zu hoffen. Die **Vorrückungsstichtagsfrage** wäre mit unserem Vorschlag von gleichem Gehalt von 25 bis 65 gelöst. Da würde viel Bürokratie eingespart und könnte wieder mehr Geld in Pädagogik investiert werden. Auch zB in **Elementarpädagogik**.

Apropos investieren: Wir brauchen eine **demokratische starke Gewerkschaft**, damit's uns nicht wie in **Dänemark** geht. Oder wie der UG in Österreich. Bitte investiere einen Blick auf den Erlagschein S. 8 und **stärke uns mit deiner Investition.**

Danke.

Die Welt entdecken, erfahren, verstehen Einführung in die Praxis des „Globalen Lernens“ in der Sekundarstufe I

Zeit:	28. Nov. 2013, 10.00 Uhr - 30. 11., 13.30
Ort:	Bildungshaus Schloss Puchberg/Wels
Zielgruppe:	Lehrpersonen der Sekundarstufe I
Anmeldung 24. 6. -23. 9.:	https://www.ph-online.ac.at/ph-ooe/webnav.ini - Nr. 23F13SO073

Eine Veranstaltung von Südwind OÖ in Kooperation mit bm:ukk und der Pädag. Hochschule OÖ. Praxisorientiertes Seminar mit vielfältigen didaktischen Angeboten, um aktuelle gesellschaftliche Themen mit der Pädagogik des Globalen Lernens kreativ in den Unterricht einzubinden.

Informationen siehe: www.baobab.at/die-welt-entdecken-erfahren-verstehen

Mathematikdidaktiker Jürgen Maaß fordert eine **Qualitätsoffensive** in der LehrerInnenausbildung / **LehrerInnen für alle Schulen auf universitärem Niveau** bilden: http://derstandard.at/1363705877835/LehrerInnen-fuer-alle-Schulen-auf-universitaerem-Niveau-bilden?_blogGroup=1

Keine Panik: Vorrückungsneuberechnung nach EU-Urteil erst nach neuem VwGH-Urteil beantragen



Peter Steiner, steiner@oeli-ug.at

GÖD-Jurist Nagelreiter: Gesetzeslage nicht geändert, Abwarten auf Ergebnis laufender Verfahren

Da hat die "DIE PRESSE" tatsächlich einmal etwas Aufsehen erregt. Doch eigentlich ist es nichts weiter als ein Sturm im Wasserglas. Was ist geschehen: Es geht um das Gesetz vom August 2010, das die erste Vorrückung von zwei auf fünf Jahre verlängert. Dieses Gesetz ist die Reaktion auf einen EU-Entscheid, wonach bei allen Staatsbediensteten alle Zeiten bis zum 18. Lebensjahr für die Berechnung des Vorrückungsstichtages eingerechnet werden müssen. Und weil das der Regierung einen Batzen Geld gekostet hätte, wurde die erste Vorrückung eben auf fünf Jahre verlängert. Fazit: Fast keiner kam in den Genuss von Rückzahlungen, die Verlängerung wog die Einrechnung aller Zeiten vor 18 auf.

Warnung vor Verjährung kaum aktuell

Genau das greift Univ.-Prof. Jurist Dr. Wachter in einem „DIE PRESSE“-Artikel vom 29. April 2013 und warnt, dass die betroffenen 100.000 Bediensteten „wegen der drohenden Verjährung“ um ihre Vorteile umfallen könnten, wenn sie nicht einen Antrag auf Neuberechnung des Vorrückungsstichtages stellen. Das stimmt, aber die ÖLI-UG und die GÖD haben 2010 alle jene beraten, deren Anträge Aussicht auf Erfolg hatte. Für alle jene, für die sich nichts ändern würde (die meisten) und für die sich vielleicht etwas verschlechtern würde (wenige, aber auch das gibt's), galt und gilt: Keinen Antrag stellen! Die Gesetzeslage ist nicht klar und das hat sich nicht geändert. Wer trotzdem noch keine Beratung in Anspruch genommen hat, bitte, mit ÖLI-UG oder GÖD Kontakt aufnehmen.

VwGH-Verfahren laufen

Derzeit laufen von der GÖD gestützte Verfahren vor dem Arbeitsgericht und dem Verwaltungsgerichtshof in der Sache, so GÖD-Jurist Nagelreiter. Diese Verfahren könnten eine Neubewertung des Gesetzes, das die Phase bis zum ersten Vorrückungsstichtag von zwei auf fünf Jahre verlängerte, bringen. Und damit die Möglichkeit neue Anträge zu stellen. Bis jetzt gibt es kein Erkenntnis.

EU-konform oder nicht?

Hauptsächlich geht es um die Frage, ob die Verlängerung auf fünf Jahre EU-konform ist oder nicht. Das thematisiert auch Univ.-Prof. Wachter in seinem Artikel in der „PRESSE“. Das Bundeskanzleramt steht auf dem Standpunkt, dass die Übereinstimmung mit der EU-Richtlinie gegeben ist: Vorsorglich wurde ein Gesetz gebastelt, dass die Verlängerung EU-konform ist. Die GÖD ist anderer Meinung und so laufen vor dem Arbeitsgericht und dem Verwaltungsgerichtshof Verfahren mit GÖD-Unterstützung, die genau das klären sollen.

Bei einem VwGH-Urteil im Sinne der GÖD, werden die Karten neu gemischt und Anträge von fast allen Staatsbediensteten auf Neuberechnung des Vorrückungsstichtages sowie Nachzahlung der dadurch anfallenden Gehälter sind möglich und sinnvoll. Auf das Urteil müssen wir aber noch warten. Wenn das Urteil anders lautet, bleibt alles beim Alten.

Verjährung ist nicht Verjährung

Was die Verjährung betrifft, so stellt GÖD-Jurist Nagelreiter klar: Sie gilt ab der Antragstellung. Nachverrechnet werden drei Jahre. Am günstigsten wäre es, wenn das VwGH-Urteil „Keine EU-Konformität des Gesetzes“ vor dem 13. August 2013 fallen würde. Dann reichen diese 3 Jahre bis zum 14. August 2010 zurück, d.h. ohne etwaige Verluste durch die derzeit geltende Regelung bekommt man Nachzahlungen.

Würde das Urteil später fallen, - Annahme: 24. Februar 2016 - dann könnte man am 25. Februar einen Antrag stellen und bekäme bis zum 25. Februar 2013 rückwirkend ausbezahlt. Die Zeit zwischen 14. August 2010 und 25. Februar 2013 würde nicht für die Rückrechnung berücksichtigt.

Abwarten und cool bleiben

Daher gilt: Abwarten! Cool bleiben! Wenn sich etwas ändert, werden wir wieder berichten.

Der Traum von Standardisierung

Erfahrungen bei einer Englisch-Zentralmatura-Fortbildung

Als Vorbereitung zur Einführung der Zentralmatura in Österreich sind im Frühjahr 2013 etwa 40 EnglischlehrerInnen verschiedener Schulen eingeladen worden, um an einer Fortbildung teilzunehmen, die dazu dienen sollte, sich mit dem Thema Zentralmatura vertraut zu machen. Die TeilnehmerInnen an dieser Veranstaltung erhielten einen vertieften Einblick in die Planungen und Vorbereitungen zur Zentralmatura, die österreichweit in drei Jahren eingeführt werden soll. Die zugrundeliegende Idee der Zentralmatura ist, Lehrkräften und SchülerInnen eine standardisierte Maturaprüfung zu bieten, um eine objektive und möglichst gerechte Bewertung zu erreichen und international messbare Ausbildungen zu sichern.

Die Hoffnung bestand auch darin, den Aufwand der Auswertung durch die Standardisierung zu minimieren, wobei das Gegenteil der Fall sein wird.

Der neue Korrektur- und Benotungsschlüssel für schriftlich beantwortete Fragen hebt die ausstehenden Verbesserungsmöglichkeiten hervor. Pro schriftlicher Antwort ist ein Bewertungsbogen – nach oder während des üblichen Korrigierens, also zusätzlich dazu – auszufüllen, auf dessen Basis die Leistung der Prüflinge in 4 Kategorien (Task Achievement, Organisation and Layout, Lexical and Structural Range and Lexical and Structural Accuracy) mit jeweils 10 Subkategorien, beurteilt werden soll. Die Hälfte der 10 Subkategorien sind mit Bewertungskriterien versehen. In den 6 Kategorien, die mit Bewertungskriterien versehen sind, gibt es genau 164 mögliche Ergebnisse zur Auswahl, wobei mindestens 24 angekreuzt werden müssen und die Zwischenergebnisse durch die Ankreuzung von zwei Subkategorien erzielt werden müssen, i.e. bis auf 48 Ankreuzungen.

Nicht alle Bewertungskriterien sind aber bei allen schriftlichen Aufgaben in Betracht zu ziehen; Bewertungskriterien, die nicht mit einbezogen werden sollten, sind als 'task specific descriptors' (TSD) designiert, aber welche TSDs bei welcher Textsorte angewendet werden sollten, ist noch nicht bestimmt. Ferner hat eine verschwommene Überlappung von Bewertungskriterien zwischen den Kategorien zur Folge, dass SchülerInnen für einen einzigen Mangel mehrfach nach unten benotet werden können. Dazu ist anzumerken, dass die Themenauswahl sich in Richtung des rein Praktischen bewegt; Briefe Schreiben hat den Schnitt nicht überlebt und ist laut Multiplikator derzeit nicht vorgesehen, Postkarten- und E-mail Schreiben hingegen schon.

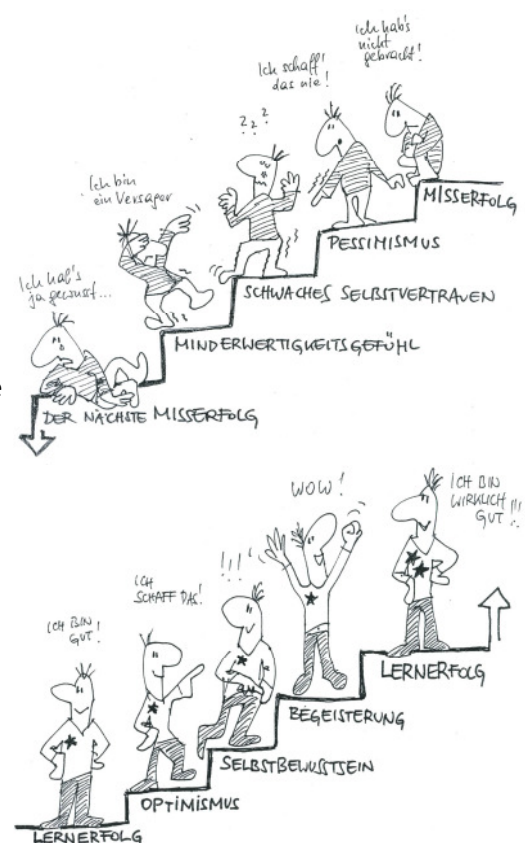
Bei den Übungen zu 'Short Answer Reading' und 'Listening Comprehension' fielen einige Kleinigkeiten auf, die verbesserungswürdig schienen. Unter 'Short Answer' ist eine obere Grenze von vier Wörtern vorgesehen, damit eine Liste von vorgegebenen Musterantworten herangezogen werden kann. Antworten, die nicht auf der Antwortliste stehen und möglicherweise richtig sind, müssen telefonisch mit dem neuen Zentralmatura-Help-Desk geklärt werden. Wer am Help-Desk sitzen wird, wie es genau funktionieren wird und wie viel Interaktion mit einem einzigen Auswerter pro Maturaprüfung vorgesehen sein wird, ist derzeit noch unklar. Die Musterantworten für Short Answers sind beschränkt in Anzahl und Flexibilität.

Dazu ein Beispiel von der Fortbildung: Bei einer Listening Comprehension Übung lautete die Frage: "Right now Hawaii generates electricity by _____" (Zur Zeit erzeugt Hawaii Strom mit _____). Die vorgesehene Antwort im Antwortkatalog lautete "oil powered generators" (Wort-für-Wort aus dem Hörbeispiel); Antworten wie "generators powered by oil", "oil consuming generators" oder "generators burning oil", die allesamt richtig sind aber nicht im Antwortkatalog vorkommen, müssen voraussichtlich per Telefonanruf vom Help-Desk genehmigt werden; dass diese Genehmigung mit einem "Korrektur-Code" oder Ähnlichem versehen wird, ist naheliegend aber noch ungewiss. Es scheint fast überflüssig hier zu erwähnen, dass dies dann nicht nur eine Frage der korrekten Antwort ist, sondern auch des 'richtigen' Denkens – und dies in einem Fach, in dem sprachliche Kreativität gefördert werden muss.

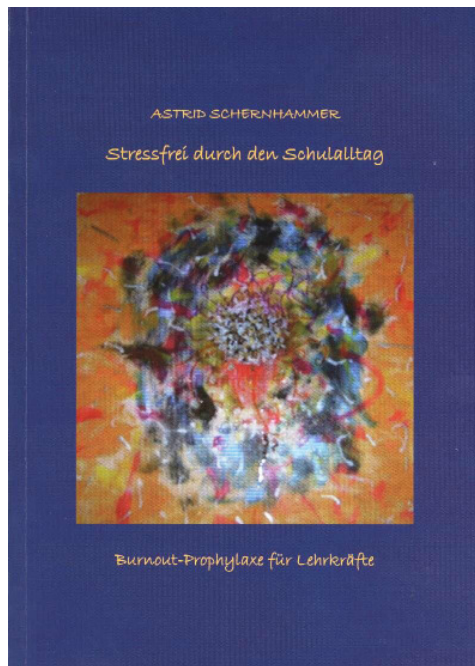
Zuletzt ist bei einigen Übungen aufgefallen, dass schon abgesegnete Fragen und Texte Schreibfehler beinhalten oder relativ unscharf formuliert werden. Dies ist sicher nicht als ein gravierender Mangel zu betrachten, da die Unstimmigkeiten allesamt als klein einzustufen sind. Die unscharfe Formulierung von einigen Fragen bei den Reading and Listening Comprehension Übungen ist jedoch der Kollegenschaft negativ aufgefallen und nach Überzeugung der anwesenden Kollegenschaft lag, um nur ein Beispiel zu nennen, für eine Frage überhaupt keine 'richtige' Antwort vor, da die Frage selbst Interpretationsspielraum genoss. Als Fragen zum Thema gestellt wurden, wie und von wem die Zentralmatura entwickelt wird, ist mitgeteilt worden, dass am ZM-Englisch-Gremium keine Universitätsprofessoren säßen und nur eine Muttersprachlerin.

Erst in einigen Jahren wird die neue Zentralmatura flächendeckend verpflichtend, und das ist gut so, denn insgesamt hat der gewährte Einblick den Eindruck hervorgerufen, dass die Zentralmatura noch wichtige Entwicklungsschritte gehen muss, bevor ein funktioneller, reibungsloser und standardisierter Ablauf der Auswertung möglich sein wird. Denn trotz aller Zahlen: die Auswertung eines Schriftstücks führt unweigerlich auf die Subjektivität des Auswerters zurück und eine objektive und standardisierte Beurteilung schriftlicher Ergebnisse ist in der derzeitigen Ausführung leider nur schwer nachvollziehbar. Für den Auswerter wäre eine Fortbildung, um den Bewertungsbogen "standardgemäß" auszufüllen, absolut notwendig (und solche Fortbildungen sind schon im Angebot), da die Bewertungsbögen bei den Beispielübungen unter der Kollegenschaft immer einen breiten Notenspiegel gezeigt haben.

Zu bedenken ist aber auch, dass diese Art der Zentralisierung unter dem Motto 'Standardisierung' erstens eine tiefgreifende Entmachtung und Abwertung des Auswerters (d.h. Lehrperson) zur Folge hat und dass sich zweitens die Korrekturzeit und der Aufwand für die Auswertung in Wahrheit nicht vermindert, sondern erhöht. In einer Zeit der Budgetkürzungen (flächendeckende Stundenkürzungen etc.) wird eine neue "Bildungs"-Bürokratie auf die Beine gestellt, über deren Finanzierung und Personal keine Auskünfte vorliegen und die, letztendlich, die Bildung an sich nicht verbessert.



Buchtipps



Astrid Schernhammer:
„Stressfrei durch den Schulalltag. Burnout-Prophylaxe für Lehrkräfte“

Eigenverlag: Wien 2013; 107 Seiten, € 8,00
 Ein Lesebericht von **Ambros Gruber**

„Teilweise kämpfe ich bis heute gegen Energielosigkeit. Wir haben jetzt Ende 2012. Insgesamt sind es also bereits sechs Jahre, die ich unter dem Einfluss dieser Erkrankung stehe. Die Endphase habe ich überwunden, aber die Nachhut ist ebenfalls nicht zu unterschätzen.

Zwar fühle ich mich tagsüber fit, aber dennoch ist mein Befinden nie mehr so geworden wie vorher. Abends verspüre ich große Müdigkeit und gehe sehr früh zu Bett.“ (S. 45)

Mit diesem Zitat etwa aus der Mitte dieses Buches von Astrid Schernhammer möchte ich diesen Buchtipps beginnen, einen Buchtipps, der sich mit einer Erkrankung beschäftigt, die leider immer noch von vielen Zeitgenoss/innen als „Mode-Krankheit“ abgetan wird.

Gerade diese Leute möchte ich gerne fragen: Würden Sie jemandem auf dieser Welt folgenden Zustand wünschen?

„3. Der ultimative Zusammenbruch
 Ich war damals in meiner alten Heimat, wo ich eine Ferienwohnung besitze, und schrieb gerade etwas auf dem Laptop. Auf einmal kam ein Kribbeln in den Fingern. Dann begann es auch in den Unterarmen und ging weiter bis in die Oberarme. Schließlich fing ich an zu zittern, zuerst an den Händen, dann an den Armen und Bei-

nen, und am Ende war mein ganzer Körper davon erfasst.

Ich konnte kaum aufstehen und mir wurde schwarz vor Augen. Gebückt wie eine alte Frau und mich festhaltend, schleppte ich mich bis zum Bett. Ich legte mich hin, und es schüttelte mich weiter durch.

Dann kam zufällig meine Mutter vorbei. Mit viel Mühe schaffte ich es zur Tür. Sie war tief erschrocken, als sie mich sah, und half mir zurück ins Bett. Dort redete sie beruhigend auf mich ein und stopfte mir eine Beruhigungstablette in den Mund, die sie aus irgendeinem Grund dabei hatte. Wahrscheinlich hatte sie schon etwas gehäht.

Genau weiß ich es nicht, aber ich schätze, es waren etwa zehn Minuten, die dieser Zustand noch dauerte, dann hörte das Zittern auf. Ich war so erschöpft, dass ich mich alleine nicht einmal aufsetzen konnte.

Am nächsten Tag ging ich zum Arzt, und der schickte mich weiter zu einer Internistin mit psychotherapeutischer Ausbildung. Von dieser erhielt ich schließlich die Diagnose. Erst jetzt begriff ich, dass ich ernsthaft krank war.“ (S. 40)

Ich persönlich würde so einen Zustand nicht einmal meinen schlimmsten Feinden wünschen.

Wie es zu ihrem Burnout kam, welche Tätigkeiten sie alle ausübte, die sich nicht positiv auf ihre Gesundheit auswirkten, wie das Burnout selbst sich äußerte und ablief (siehe auch die Zitate), vor allem aber, was sie alles jetzt, nach abgelaufenem Burnout macht, beschreibt Astrid Schernhammer detailliert und sehr übersichtlich in ihrem Buch. Neben der Schilderung der Erkrankung erfährt man in diesem Buch vor allem etwas über DOs und DON'Ts, konkrete Handlungsanleitungen für jene Lehrerinnen und Lehrer, die Burnout bzw. eine zu hohe Stressbelastung im Berufsalltag vermeiden wollen. Und das alles nicht aus dem Blickwinkel einer Expertin, sondern aus dem einer Betroffenen, einer engagierten Lehrerin, die diesem „Brennen für etwas“ ihre Gesundheit opferte.

Am Ende des Buches steht dann noch eine knapp dreiseitige Zusammenfassung – gedacht vielleicht zum Kopieren und Aufpinnen oder ähnlichem.

Vieles von dem, was Astrid Schernhammer leider erst durch die leidvolle Erfahrung ihres Burnouts erkannt hat, kann ich

nur unterstreichen. Und vieles bekommt man als Lehrer/in leider erst nach mehreren Dienstjahren mit – das sage ich auch deshalb, weil ich ähnlich viele Dienstjahre hinter mir haben wie Kollegin Schernhammer.

Für mich als Sprachenlehrer sind auch viele ihrer didaktischen und methodischen Tipps im zweiten Teil ihres Buches wertvoll – inwieweit diese Tipps auf andere Fachbereiche übertragbar sind, wage ich nicht zu beurteilen.

Da ich so begeistert von der Lektüre bin, möchte ich dieses Buch vor allem Lehramtsstudent/innen und Junglehrer/innen ans Herz legen. Aber auch für uns alle, die wir mitten im Beruf stehen, ist es, so denke ich, immer wieder wichtig, uns selbst kritisch zu beobachten und Erfahrungen anderer zum Anlass zu nehmen, um das eigene Tun und Lassen – und vor allem um das Lassen geht es bei der Burnout-Prophylaxe – kritisch zu hinterfragen und unser Leben lebenswert zu gestalten.

Denn ein Burnout ist eine sehr schwere Erkrankung. Und der Weg zurück ins „Leben“ ist schwer, lang und hart.

„Wenn Sie also die Chance haben, Burnout abzuwenden, tun Sie alles dafür, was in Ihrer Macht steht! Der Preis, den Sie sonst bezahlen, ist extrem hoch!“ (S. 45)

Ein Schritt zur Vermeidung von Burnout ist die Lektüre dieses Buches – und die Beherzigung der darin enthaltenen Ratschläge!

Das Buch kann online bestellt werden:
<http://buchbar.webnode.com>

Stressfrei durch den Schulalltag

Von wegen „Halbtagsjob“! Sie arbeiten gleichsam rund um die Uhr, kommen kaum zum Verschnaufen, das Privatleben leidet, und es gibt kein Entrinnen? Doch, gibt es, sagt Astrid Schernhammer, seit achtzehn Jahren Lehrerin für Fremdsprachen. Mit Hilfe zahlreicher Tipps und Tricks kann es gelingen, dem drohenden Burnout von der Schippe zu springen oder nach einem solchen wieder auf die Beine zu kommen, ohne in das alte Fahrwasser zurückzufallen. Dieses Buch wird Ihnen zu einer grundlegenden Neuorientierung verhelfen, was Ihre Arbeit für die Schule betrifft, denn ohne eine solche wird es kaum gelingen, der täglichen Tretmühle dauerhaft – und das ist der Punkt – zu entfliehen. Ihre Schülerinnen und Schüler werden dabei nicht zu kurz kommen, versprochen!

„Ich habe mich vierzehn Jahre lang überarbeitet, bis schließlich ein schweres Burnout mein Leben aus den Angeln hob und mich in einen gut fünfmonatigen Krankenstand zwang. Erst durch eine Veränderung meiner gewohnten Denkmuster habe ich es geschafft, wieder Freude am Beruf zu finden, sukzessive die überbordende Quantität an Arbeit durch Qualität zu ersetzen und dem Leben als Workaholic den Rücken zu kehren. Wie das möglich wurde, erzähle ich in diesem Buch.“ (Astrid Schernhammer)

Über die Autorin

Astrid Schernhammer ist seit 1994 als Lehrerin für Französisch und Englisch tätig und unterrichtet seit 2002 am BG/BRG Wolkersdorf.

Nach ihrem Roman „Prinzenparade“ (2009), der gesellschaftskritischen Erzählung „Zwischen-Welten“ (2012) und dem Kurzroman „Befindlichkeitsstörungsreport“ (2013) veröffentlicht sie mit „Stressfrei durch den Schulalltag“ ihr erstes Sachbuch.



Da ist was faul im Staate Dänemark

Können wir in Österreich aus den dortigen Vorgängen lernen?



Andreas Chvatal, chvatal@oeli-ug.at, HS-Lehrer in Wien, apflug, Mitglied der Bundesvertretung der Gewerkschaft der PflichtschullehrerInnen für ÖLI-UG

Was passiert, wenn ein Arbeitgeber erpresserische Druckmittel anwendet, um seine Vorhaben durchzusetzen? Richtig, er wird von der Regierung unterstützt. So geschehen in Dänemark, wo nicht nur die sozialdemokratische Premierministerin plus Regierung, sondern gleich das gesamte Parlament den Kommunen per Anlassgesetz ermöglichten, den LehrerInnen erhebliche dienstrechtliche Verschlechterungen aufzuerlegen. Die verpflichtende Anwesenheit bis 16 Uhr und die Erhöhung der Unterrichtszeit durch die Schulleitungen wurden durch eine fast vierwöchige Aussperrung der Lehrkräfte erzwungen. Während dieser Zeit wurde kräftig gegen die LehrerInnen Stimmung gemacht und es ist offenbar gelungen, deren Gewerkschaft für alle Unannehmlichkeiten der Eltern und SchülerInnen die Verantwortung zuzuschieben.

Die angewandte Strategie ist einfach und effektiv. Zuerst wird die Gewerkschaft mit unannehmbaren Forderungen konfrontiert, dann die ArbeitnehmerInnen ausgesperrt und schließlich tritt ein – bis zu diesem Zeitpunkt angeblich völlig unbeteiligtes – salomonisches Über-Es auf den Plan, stellt sich hinter die Arbeitgeber und verhilft deren Forderungen zur Durchsetzung. „Wir mussten einschreiten, um eine unhaltbare Situation zu beenden,“ sagte die Premierministerin. Warum dabei den Wünschen der Arbeitgeber vollständig entsprochen werden musste, bleibt ihr Geheimnis. Auch jeder anderslautende Schiedsspruch hätte die Aussperrung beendet. Aufgrund dieser Vorgangsweise hat der Dialog als Mittel der Entscheidungsfindung im dänischen Schulsystem wahrscheinlich ausgedient. Wer wird die Gewerkschaft noch fragen, wenn er quasi mit Regierungsunterstützung aussperren darf?

Die dänische LehrerInnen-Gewerkschaft ist offenbar nicht mehr in der Lage zu reagieren. Medial diskreditiert und politisch düpiert kann sie wohl kaum den einzig

konsequenten Schritt setzen, nämlich eine Arbeitsniederlegung bis die Zumutungen zurückgenommen sind. Die Streikbereitschaft der dänischen KollegInnen wird nach mehr als drei Wochen ohne Bezahlung ohnehin nicht besonders ausgeprägt sein. Eine diesbezügliche Befragung der Gewerkschaftsbasis wäre aber trotzdem sinnvoll. Selbstachtung ist auch in der Niederlage wichtig.

Beim Recherchieren in der englischsprachigen dänischen Presse fand ich ein interessantes Posting. „Es ist schade, dass man die ganze Bande (= die dänischen Lehrkräfte) nicht entlassen kann, so wie es damals Reagan mit den Fluglotsen gemacht hat,“ schrieb ein Menschenfreund. Ein Hinweis, über den es sich lohnt nachzudenken. Bekanntlich hatte Reagan, als die amerikanischen Fluglotsen streikten Glück, und eine ausreichende Zahl von Ersatzleuten zur Verfügung, denen er als Oberkommandierender der US Army einfach befehlen konnte, sich als Streikbrecher zu betätigen. Übertragen etwa auf den österreichischen Bildungsbereich würde das bedeuten, dass im Fall der Fälle 120 000 ErsatzlehrerInnen gebraucht würden – allesamt befehlsgebunden, versteht sich. Wenn also ALLE österreichischen LehrerInnen langfristig ausgesperrt oder gleich gefeuert würden, hätten sie wenigstens die Genugtuung, der Regierung beim Versuch 120 000 Ersatzlehrkräfte zusammenzutrommeln zusehen zu können. Für Unterhaltung wäre also gesorgt. (Natürlich wird das nicht geschehen, nicht einmal in Dänemark.)

Dänemark ist kein Einzelfall. Überall wird versucht, die Arbeit der öffentlich Bediensteten und anderer ArbeitnehmerInnen billiger zu machen. Probathe Mittel dafür sind Lohnkürzungen und/oder Arbeitszeiterhöhungen. LehrerInnen sind aufgrund der besonderen Arbeitszeitregelungen, die nirgendwo auf der Welt mit anderen Berufsgruppen vergleichbar sind, ein besonders lohnendes erstes Ziel für derartige Tendenzen. Gängige Vorurteile, Vereinfachungen und Unwahrheiten werden eingesetzt, wenn es darum geht, LehrerInnen Verschlechterungen zuzumuten. In Österreich kann sich damit sogar einer wichtig machen, der ansonsten vom Herunterbeten seiner Uralt-Argumente nicht mehr leben könnte. Sein Name ist unwichtig. „Die Regierung sollte überhaupt nicht mit der Gewerkschaft verhandeln,“ meinte er, in der Hoffnung, sich damit zu profilieren. Der Möchtegernexperte fordert nicht weniger als die Aufgabe der Sozialpartnerschaft.

Exkurs Sozialpartnerschaft: Der Staat Österreich hat sich unter intensiver Anwendung der Sozialpartnerschaft, von dem Trüm-

merhaufen, der er 1945 war, zu einem der zehn reichsten Länder der Welt entwickelt. So falsch kann die Idee „Sozialpartnerschaft“ also nicht sein. Möglicherweise ist sie auch nicht (mehr) ganz so richtig. Aber, was auch immer ihre Fehler sein mögen, keinesfalls darf sie infrage gestellt werden, um opportunistischen Profilierungsneurosen aus Politik und Medien die Selbstdarstellung zu erleichtern.

Auch die österreichische Regierung hat in ihrem Bestreben, durch ein neues Dienstrecht bei den neueintretenden LehrerInnen kräftige Einsparungen zu erzielen, bereits angedroht, dass dieses Dienstrecht auch ohne Zustimmung der Gewerkschaft kommen könnte. Wirtschaftsminister Mitterlehner hat sich klar für eine solche Vorgangsweise ausgesprochen. (Nicht unpeinlich übrigens für den besagten Pseudo-Experten. Seine Ratschläge sind abgekupfert, noch dazu von jenen an die sie gerichtet sind.)

Österreich ist nicht Dänemark. Noch nicht. Noch wird nicht ausgesperrt, sondern verhandelt, wenn auch unter strikter Geheimhaltung, die von Regierungsseite nach Gutdünken eingehalten wird, oder auch nicht. Ein Kompromiss scheint möglich. Die Regierung könnte sich – vorerst(!) – mit einem kleinen Sparpaket zufrieden geben, die Gewerkschaft könnte sich – wieder einmal – dafür loben, Schlimmeres verhindert zu haben. Eines scheint sicher: Bald nach der Nationalratswahl im September wird die Sache erneut angeheizt. Aussperrungen sind in Österreich nicht nötig. Die Geheimverhandlungen zum neuen Dienstrecht werden einfach zum Dauerzustand erklärt, und in regelmäßigen Abständen gibt es ein neues kleines Sparpaket, mit inkludiertem gewerkschaftlichen Eigenlob wegen Abwehr von Schlimmerem, so lang, bis dänische Zustände erreicht sind.

Im Ernst: Die Gewerkschaft muss sich überlegen, wie sie vorgehen wird, um nicht den Fehler der dänischen KollegInnen zu wiederholen. An sich ist das sehr einfach. Es muss nur festgestellt werden, ob Streikfähigkeit gegeben ist – ja, eindeutig! – und wie sie noch optimiert werden kann. Monatelange Geheimverhandlungen werden sich dabei als hinderlich erweisen. Wenn die Gewerkschaft aktionsfähig sein will, müssen die MandatarInnen der Bundesvertretungen bestmöglich informiert sein. Über eine weitreichende Entscheidung, wie ein neues Dienstrecht, muss eine gewerkschaftliche Urabstimmung frühzeitig angekündigt und durchgeführt werden. Blicke noch die Frage des Timings. Dänemark zeigte, dass es sich NACH Aussperrungen ausgesprochen schlecht streikt.

Wir spielen Bildung im Kindergarten? Bildung ist spielen!

Von **Helga Hauptmann**,
Betriebskindergarten Bank Austria,
Leop.Mosesg. 4, 1020 Wien, 01 2128470

Ist Bildung Wissensvermittlung laut Lehrplan?
Ist Bildung Allgemeinbildung?
Ist Bildung Ausbildung?

Bildung ist viel mehr – Bildung ist
– etwas selbst vollbracht zu haben
– etwas entwickelt zu haben
– fähig zu sein, Zusammenhänge zu erfassen
– soziale und emanzipatorische Kompetenzen erreichen
– die Ausformung der Gesamtpersönlichkeit, usw.

Kinder sind eigenständige, soziale, ganzheitlich lernende Wesen. Sie sind von Natur aus bereit zu lernen. Sind interessiert, neugierig. Können forschen und entdecken.

Das Ziel von Erziehung und Bildung kann nur sein, einen autonomen und individuellen Menschen heranwachsen zu lassen, der seinen Platz in der Gesellschaft finden kann.

Unser Ziel im Kindergarten – *selbstständige, selbstbewusste Persönlichkeiten ins Leben entlassen.*

Jawohl – Persönlichkeiten ins Leben – und nicht: Kinder für die Schule vorbereiten!

Das Wort „Vorschulkinder“ ist in diesem Zusammenhang irreführend und fehl am Platz. Im gesellschaftlichen und politischen Kontext ist damit das Kind ein Jahr vor der Schule gemeint.

Tatsächlich ist das Kind von 0-6 ein Vorschulkind – ein Kind vor der Schule. Es gibt ja schließlich auch keine Vor-AHS, Vor-Mittelschule oder gar Vor-Uni.

Was Kinder in jungen Jahren BERGREIFEN, erwerben sie für ihr gesamtes Leben. Und das soll der Kindergarten den Kindern bieten. Kinder sehen die Welt mit eigenen Augen und wählen eigene Zugänge bei der Erforschung der Welt. In der Reggiopädagogik heißt es: „Nicht das Wissen selbst, sondern der Erwerb des Wissens ist wichtig!“

Die bloße Vermittlung fertigen Erklärungswissens durch Erwachsene ist immer ein Erlernen von Fakten – wie lange merkt man sich das?

Kinder wollen und sollen – Spielen – *freiwillig und ohne Leistungsdruck*
forschen – neugierig die Umwelt begreifen, den Dingen auf den Grund gehen
Kreative Lösungen entwickeln
Experimentieren, Konstruieren
Kreativ sein, Musizieren,

Ausspruch einer Lehrerin: „Mir ist klar, dass, wenn Bildung als Selbstbildung begriffen wird, die PädagogInnen zu „MöglichmacherInnen“ werden und nicht die „MacherInnen“ sein müssen!“

Daher ist es höchst bedauerlich, dass die „PädagogInnenausbildung Neu“ wieder nur zu einer „LehrerInnenausbildung Neu“ verkommt.

In guten Kindergärten, also in vielen, modern geführten, „leben“ wir eine Pädagogik, die Kindern die Möglichkeit bietet, sich in ihrer Persönlichkeit, im sozialen Miteinander, in ihrem Forschungs- und Experimentierdrang zu entwickeln.

Dafür benötigen die Kinder vor allem **ZEIT**, eine Fülle an Materialien zum Experimentieren, zum kreativen und künstlerischen Gestalten und Werken, zum theatralischen Darstellen, zum Beobachten, zum Bestaunen ...

Sie brauchen viel Raum und **ZEIT** zum Bewegen und Ausleben ihrer Phantasien. Zum Philosophieren und für Literatur, zur Naturbegegnung um Umweltthemen zu erfahren.

Zwei Beispiele aus meinem Kindergarten:

Waldtage – ein Stadtkindergarten hat es nicht so leicht die Natur in ihrer Gesamtheit zu beobachten. Daher haben wir uns entschlossen, vier mal im Jahr (zu allen Jahreszeiten), je drei hintereinander folgende Tage, mit dem Zug nach Spillern in den Auwald zu fahren. Immer zum selben Platz. Ausgerüstet mit Lupen, Mikroskop, Vogelhäuschen zum Aufhängen und Taschen für Sammelstücke sind die Kinder bei jedem Wetter unterwegs.

Der „eigene Platz“ im Wald gibt Mut zum Experimentieren und Entdecken – gibt Sicherheit. Der Wald ist für die Kinder eine vorbereitete Umgebung in der sie sich bewegen, kreativ sein dürfen und können, ihre Sinnesfähigkeit erhöhen, ökologische Zusammenhänge und elementare Gesetzmäßigkeiten erfahren, die Vielfalt der Tier- und Artenwelt erleben ... Dies alles geschieht im sozialen Miteinander, durch Kommunikation, im ruhigen Betrachten genauso wie in einer grobmotorischen Bewegungsvielfalt. Durch Erfahren, Begreifen, durch Forschen und den Dingen auf den Grund gehen, lernen die Kinder mehr von sich und der Umwelt, als im Zimmer mit einem Bilderbuch, bzw. im Park oder auf einem Spielplatz in der Stadt. Kinder, die eine emotionale Beziehung zur Natur aufgebaut haben, werden auch als Erwachsene die Natur schätzen und schützen.

Liebe KollegInnen! Dies ist der 4. Beitrag der Kreidekreisserie **Elementarpädagogik**

Foto ÖLI privat

Mentoring im Kindergarten, ein Begriff aus der Arbeitswelt?

Mentoring wird eingesetzt um den Wissenstransfer zwischen Erfahrenen und weniger Erfahrenen zu fördern.

Dies haben wir für unsere Kinder adaptiert. Nicht das ältere Kind „hilft“ dem jüngeren (die wollen das oft gar nicht!), sondern besondere Fähigkeiten der einzelnen Kinder wurden besprochen und diskutiert. Das eine Kind kann gut malen, das andere ist flinker am Computer, andere sprechen andere Sprachen.

So entstanden Kooperationen unter den Kindern, die im Normalfall nie zustande gekommen wären.

Diese Kooperationen werden auf allen Ebenen genützt. So z. B. auch im Wald – es erweitert das Denk- und Handlungsspektrum der Kinder in Richtung Diversität/Demokratie – in Sprache und Kultur. Vertrauen erlangen, Gemeinschaftsgefühl spüren, selbstbewusst sein, selbstständiges Handeln praktizieren, Führungsqualitäten erkennen, sich aber auch führen lassen, kommunikative Kompetenz erlangen ... ist das nicht das, was unsere Kinder für die Zukunft benötigen?

Ein kindzentrierter und ein individueller und ganzheitlicher Bildungsprozess mit einer bildungspolitischen Ausrichtung, wäre ein Zugang für *alle* Bildungseinrichtungen.

Der Kindergarten ist die erste Bildungsinstitution im Leben eines Menschen. Nie wieder lernt ein Mensch so leicht und so viel wie in den ersten sechs Jahren!

„Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann!“ (Francis Picabia)

Anmerken muss man: Dies alles kann nur mit gut ausgebildeten Persönlichkeiten geschehen und wenn die Rahmenbedingungen stimmen:

Der Erwachsenen-Kind-Schlüssel (keine Gruppen mit 25 Kindern und nur einer Pädagogin) und ausreichend Platz für Kinder und Erwachsene. Nur dann ist es möglich, Kinder ihren natürlichen Wissens-, Experimentier- und Spieldrang ohne wesentliche Einschränkungen ausleben zu lassen.



ÖLI-UG zur Begutachtung der Gesetzesvorlagen zur **PädagogInnenbildung NEU**

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen der Österreichischen LehrerInnen Initiative ÖLI-UG, der gemeinsamen Interessensvertretung von LehrerInnen der APS, AHS, Berufsschulen und BMHS, meinen zu den unter dem Titel der PädagogInnenbildung NEU zusammengefassten Novellen zum **Hochschulgesetz 2005** (HG 2005) für den Bereich der Pädagogischen Hochschulen, zum **Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz 2012** und zum **Universitätsgesetz 2002** (UG):

Die ÖLI-UG begrüßt

- die im **HG 2005** vorgesehenen **Verbesserungen der LehrerInnenbildung für LandeslehrerInnen** an Volksschulen, Hauptschulen/Neuen Mittelschulen (Sekundarstufe I) und Polytechnischen Schulen (9. Schulstufe) und die Angleichung der Bachelor-Studiendauer (§ 8 (2), § 35 Z 1 HG) an **240 ECTS** der Universitäten (§ 54. (3) UG)
- die Aufnahme von **Uni-Lehramtsstudien für elementarpädagogische Bildungseinrichtungen** in § 13. (1) UG, und von gesetzlichen Grundlagen für **allgemeinpädagogische Studien zur Berufstätigkeit an elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen an PH** § 8 Abs. 2 HG, unter Einbeziehung und Anrechnung des BAKIP-Abschlusses („bei Bedarf“ und nach Schwerpunktsetzung durch das zuständige Ministerium)
- das Aufheben des diskriminierenden Studienausschlusses von **Studierenden mit Behinderung** und **Studierenden mit anderen Erstsprachen als Deutsch** (§ 42 (1b), § 51 (1) HG)
- die **Neugestaltung der Studiengangphase im HG als zeitlich ausgedehnte Orientierungs- und Reflexionsphase** (keine Knock-out-Prüfungen) (§ 41. HG)
- die **qualitative Vertiefung und Verlängerung** der Ausbildung durch die **Verbindung von Wissenschaftlichkeit und Praxisbezug**, durch **Masterstudien auch für die PflichtschullehrerInnen**, durch **Entschulung der PH-Studien** (Wahlmöglichkeiten, Abgehen von starren, Berufstätige und Kinderbetreuende behindernden Studienabschnitten und Stundenplänen, § 40 Abs. 3 (3) HG)
- die damit verbundenen Impulse für die **Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen zu tertiären Forschungs- und Bildungsstätten**

- das von MentorInnen begleitete **Einführungsjahr für alle künftigen LehrerInnen.**

Dennoch lehnt die ÖLI-UG die drei von BMUKK und BMWF vorgelegten Gesetzesentwürfe zur PädagogInnenbildung NEU als unzureichend ab, insbesondere weil

- ✗ die Bundesregierung dem Vorhaben einer gleichwertigen und gemeinsamen tertiären PädagogInnenbildung in den vorliegenden Entwürfen nicht gerecht wird,
- ✗ das gegen grundlegende Bildungsreformen gerichtete Nebeneinander von Kompetenzen, von PH und Uni und die Ungleichwertigkeit von LehrerInnen-Bildungseinrichtungen und LehrerInnen fortgeschrieben wird,
- ✗ die für das Berufsfeld Elementarpädagogik verbindliche PädagogInnenausbildung weiterhin nicht verwirklicht wird und dass die Elementarpädagogik-Bachelorstudien an PH nur mit 180 und an Unis mit 240 ECTS vorgesehen sind,
- ✗ der Schwerpunkt Inklusive Pädagogik nicht in allen Studiengängen als verpflichtend anzubietende Spezialisierungsmöglichkeit verankert wird,
- ✗ demokratische Mitwirkungsrechte nicht gewährleistet sind und die
- ✗ Finanzierungspflichten der öffentlichen Hand ausgeklammert bleiben.

Die ÖLI-UG fordert die Zurücknahme und grundlegende Überarbeitung der vorgelegten Gesetzesentwürfe zur PädagogInnenbildung neu.

Zur Begründung unserer Ablehnung siehe unsere gesamte Stellungnahme in www.oeli-ug.at/PaedBildg.pdf

LehrerInnen in Teilzeit und Burn Out.

Parlamentarische Anfragebeantwortung BM Schmieds sagt einiges zur steigenden LehrerInnenbealstung aus und viel über das Ausweichen von KollegInnen in die Teilzeit. Der Anstieg der LehrerInnen in Teilzeit von 2007 bis 2012 von 15.445 auf 19.215 (APS) und 4.891 auf 6.310 (AHS), also um 25-30% binnen 5 Jahren ist dramatisch. www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_13723/index.shtml

Hattie-Studie: Auf die LehrerInnen kommt's an

Zum Umgang mit Forschungsergebnissen

Mulmiges Gefühl beschlich mich beim Lesen von www.welt.de/debatte/kommentare/article115043391/Den-groessten-Einfluss-auf-Lernerfolg-hat-der-Lehrer.html: Dass die (deutschen, aber genauso österreichischen) SchulreformgegnerInnen nun die Hattiestudie als Kampfmittel verwenden, zeigt wieder, dass jede Statistik missbraucht werden kann.

Wenn sie schon die Lehrperson für so wichtig halten (und sich selbst für die tollsten PädagogInnen) und die Schulstruktur für sekundär, warum weigern sie sich dann in heterogenen Gesamtschulklassen zu unterrichten? Glauben sie wirklich, dass die von Hattie (ihrer Meinung nach) geforderten SuperlehrerInnen dieselben Lernerfolge in den Nullbockgruppen einer Restschule (sei es Stadthauptschule neben lauter Gyms, sei es Fachschule neben einer BHS) erreichen, als in ihren netten Gym- oder HAK- oder HTL-Klassen, aus denen sie ihnen unangenehme SchülerInnen in die HS/NMS/FS aussortieren können?

Ich hab das Gefühl, dass deshalb bei uns so viele "schlechte" LehrerInnen und zB in Finnland so viele "gute" LehrerInnen sind, weil die Grundeinstellung der Gesellschaft (und damit auch der LehrerInnen) zur Schule eine andere ist: Bei uns geht es in der Schule ums **Sortieren**, bei uns sagen immer noch DeutschlehrerIn oder Mathelehrer zu den 30 Fünfzehnjährigen einer Klasse "Ihr seid zu viele. Ich werd dafür sorgen, dass im nächsten Jahr weniger in der Klasse sitzen". Anderswo ist jedem und jeder Lehrer/in klar: **Ich habe hier 30 junge Menschen und die will ich alle zum Lehrziel bringen.**

Ich war kürzlich bei einem Maturatreffen. Da haben u.a. der 82-jährige Altabt und der 76-jährige Altdirektor gesprochen, vor allem darüber, wie sie vor 40 Jahren die Schule zu verändern begonnen haben, sich selbst verändert haben, - vom alten Bild des autoritären Latein-/Griechisch-Lehrers zu einer Pädagogik, in der es auf die **Persönlichkeitsentwicklung** ankommt; - von der alten Pädagogik, die meinte, die jungen Menschen formen zu müssen, zu einer Pädagogik, die jede/n als Persönlichkeit fördert. Und der jetzige Direktor hat davon gesprochen, dass die Schule sich auch heute nicht dem Diktat der geforderten wirtschaftsgemäßen **Ausbildung** beugen will, sondern **Kunst, Kultur, soziales Engagement und Sport ganz wichtige Faktoren** sind – und für junge Menschen und Gesellschaft auch bleiben sollen.

Schönen Mai wünscht euch Gary Fuchsbauer.

Im Septemberkreidekreis bringen wir einen Artikel von Rupert Vierlinger zur Hattie-Studie. Zitat: „Die Entwicklungs- und Bildungsprozesse, welche die guten LehrerInnen, die optimalen Ausprägungen der entscheidenden ProtagonistInnen modellieren, bleiben außen vor! Wenn wir daher Hatties These von der Prävalenz der Lehrperson unter den schulischen Wirkfaktoren ernst nehmen, dann müssen wir uns energisch für die Einflüsse interessieren, die das Schulsystem als solches auf die LehrerInnen ausübt.“

EmpfängerIn Name/Firma Mayr+Fuchsbauer - ÖLI	
IBAN EmpfängerIn AT526000000078420320	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank OPSKATWW	
EUR	Betrag Cent
Zahlungsreferenz	
IBAN KontoinhaberIn/AuftraggeberIn	
Verwendungszweck	

EmpfängerIn Name/Firma MAYR+FUCHSBAUER - ÖLI	
IBAN EmpfängerIn AT526000000078420320	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank OPSKATWW	EUR Betrag Cent
Nur zum maschinellen Bedrucken der Zahlungsreferenz	
Verwendungszweck <input type="radio"/> Kreidekreis-Abo 7,- €/Jahr <input type="radio"/> Mitgliedsbeitrag 30,- €/Monat <input type="radio"/> Mindestmitgliedsbeitrag 45,- €/Jahr <input type="radio"/> Ich möchte Berufsrechtsschutz <input type="radio"/> "GöD-Rechtsweg" Spende für Berufung gegen Nichtanerkennung der UG in d. GöD	
IBAN KontoinhaberIn/AuftraggeberIn	
KontoinhaberIn/AuftraggeberIn Bitte Mail an a@oeli-ug.at mit Name, Adresse, Schule. Danke.	

Unterschrift ZeichnungsberechtigteR	Betrag	< Beleg +
-------------------------------------	--------	-----------

Berufung beim Oberlandesgericht gegen Ausgrenzung der Unabhängigen Gewerkschafterinnen in der GÖD

Für Demokratie und Minderheitenrechte in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst

Unabhängige GewerkschafterInnen kämpfen weiter und gehen in Berufung

Die Zivilrechtsklage der Unabhängigen GewerkschafterInnen gegen die Missachtung demokratischer Minderheitenrechte durch die GÖD-Mehrheit von FCG/ÖVP und FSG wurde von einem Einzelrichter des Landesgerichts Wien für Zivilrecht in erster Instanz abgelehnt. Damit kann die GÖD-Mehrheit bis auf weiteres den Unabhängigen GewerkschafterInnen die Vertretung im GÖD-Vorstand und die Anerkennung als Fraktion verweigern - gegen die im ÖGB und auch im GÖD-Statut anerkannten demokratischen Minderheitenrechte.

Demokratische Minderheitenrechte in der „schwarzen“ GÖD

Im GÖD-Statut ist verankert, dass die Organe der GÖD entsprechend den Wählerstimmen des betreffenden Bereiches zusammengesetzt werden müssen, daraus ergibt sich für den 18-köpfigen Bundesvorstand das 14. Mandat für die Unabhängigen GewerkschafterInnen. Berechnungen des GÖD-Organisationsreferates zeigen, dass wir bundesweit 8 % der Gewerkschaftsmitglieder vertreten. Mit einem Vorstandsmandat sind neben Informations- und Mitwirkungsrechten auch die Fraktionsanerkennung und die Übernahme eines GÖD-Referates samt Infrastruktur verbunden.

In der Klagsabweisung wurde auf die Argumente der parteiunabhängigen Minderheit nicht eingegangen, sondern fürs Erste der Mehrheitsstandpunkt bestätigt: durch die nachträgliche Zergliederung der Vorstandswahl in drei Teilwahlen bleibt kein Platz für eine/n UG-Mandatar/in.

Weil es so ist, muss es nicht so bleiben

Der österreichische Rechtsstaat endet nicht mit der 1. Instanz. Die UGöD wird Berufung einlegen, ein Senat des Oberlandesgerichtes wird die Abweisung prüfen. Nicht zufällig ist der volle Name der oppositionellen GÖD-Mitglieder „Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie“. Um Demokratisierung der GÖD geht es, um Aktivierung der Mitglieder, ums konsequente Vertreten von ArbeitnehmerInnen-Interessen im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben und gegen parteipolitisch eingefärbte Stellvertreterpolitik. Bereits nach der ersten statutenwidrigen Ausgrenzung der UGöD aus dem GÖD-Vorstand versprach GÖD-Vorsitzender Neugebauer, die GÖD werde mit einer Kooptierung im Nachhinein der realen Stärke und dem gewerkschaftlichen Engagement der UGöD Rechnung tragen. Dazu ist es nicht gekommen, 2011 gab es wider Erwarten eine Neuaufgabe der Ausgrenzung. Nachdem alle vereinsinternen Möglichkeiten erschöpft waren, haben die unabhängigen GewerkschafterInnen den Rechtsweg beschritten. Weil Demokratie, Minderheitenrechte und Rechtsstaat zusammengehören. Weil der ÖGB eine demokratische, überparteiliche Organisation ist und die GÖD eine Teilorganisation des ÖGB.

Spendenaufruf

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen verwenden Gewerkschaftsmittel ausschließlich für Personalvertretungs- und Betriebsratsarbeit, nicht für innergewerkschaftlichen Streit. Die bisher aufgelaufenen Kosten wurden mit einer Spendenaktion abgedeckt. Diese erfordert mit der Berufung eine zweite Auflage – siehe Erlagschein.

Glück auf! Reinhart Sellner, von der UGöD für den GÖD-Vorstand nominiert, Beate Neunteufel-Zechner, UGöD-Vorsitzende

Anfragen/Infos, Kreidekreisabo: a@oeli-ug.at

Du würdest den Kreidekreis auch deinen KollegInnen ins Postfach legen? Bitte mail an a@oeli-ug.at: Name, Schule, Anzahl
www.oeli-ug.at/?id=105 Download des 80-Seiten-ÖLI-Skriptums (Dienst-/Schul-/Besoldungs-/PV-Recht) in [Service](#), [Dienstrecht](#)